

Der Weg zu mehr Bürgerbeteiligung ist kurvenreich

Mediatoren und Politiker diskutierten in Stuttgart: Wie kann man in gesellschaftlichen Konflikten erfolgreich vermitteln?

VON UNSEREM REDAKTEUR
FRANZ SCHMIDER

STUTTGART. Der Wunsch nach Bürgerbeteiligung ist rasch formuliert. Aber was, wenn es konkret wird? Wenn zum Beispiel ein Einzelprojekt abgelehnt wird, das in den Gesamtzusammenhang einer Stadtentwicklung gehört? Was, wenn rechts und links 20 Kilometer Schiene gebaut sind und der Lückenschluss fehlt? Wie legt man ein Gespräch zwischen den Interessengruppen an, und wie verbindlich ist ein Kompromiss?

Zwei Tage berieten Mediatoren und Politiker in Stuttgart darüber, wie gesellschaftliche Konflikte verhandelt werden sollen und wie man einen Interessenausgleich organisiert. Dabei formulierte Hannes Rockenbauch, Stadtrat in der Landeshauptstadt und Teilnehmer an der Schlichtung zum Bahnprojekt Stuttgart 21, eine ganz grundlegende Frage: Was ist mit der Nullvariante, also der Beibehaltung des Status quo? Im gesamten Schlichtungsverfahren von Stuttgart 21 sei die Möglichkeit, den jetzigen Bahnhof

zu belassen, nie erörtert worden. Damit stand die für ihn zentrale Frage – „Welchen Verkehr wollen wir?“ – nicht mehr zur Diskussion. Die Gegner hätten den Druck verspürt, nicht als Totalverweigerer aus den Gesprächen zu gehen – und hätten sich deshalb mit falschen Prämissen auf die Gespräche eingelassen. Für Rockenbauch einer der Gründe, warum die Schlichtung gescheitert sei.

Die Planer begegnen heute den Bürgern respektvoller

Brigitte Dahlbender, Landesvorsitzende des BUND und ebenfalls Teilnehmerin der Schlichtung, widersprach nicht in der Sache. Wohl aber ist die Schlichtung aus ihrer Sicht auch ein Erfolg gewesen. Denn sie habe gezeigt, dass Bürger durchaus kompetent mit Experten in der Sache diskutieren können, und zwar auf hohem Niveau. „Die Bürger haben gezeigt, dass sie Expertise haben und ein Thema durchdringen können.“ Planer gingen heute respektvoller auf Bürger zu. In diesem Punkt habe die Öffentlichkeit der Veranstaltung positiv gewirkt. In der Stresstest-

Runde habe der öffentliche Druck hingegen ein einvernehmliches Ergebnis verhindert, weil die Gesichtswahrung eine größere Rolle gespielt habe.

Öffentlichkeit sollte draußen bleiben, formulierte daher die Mediatorin Brigitte Gans. Vertrauen wachse in vertraulichen Runden, unbeobachtet spreche man leichter auch unliebsame Themen an, eine unverkrampfte Atmosphäre befördere die Kreativität und damit unkonventionelle Lösungen. Sie schlägt daher eine nichtöffentliche Mediation als Ratgebergremium für einen Runden Tisch vor, der öffentlich tagt. Aber wer bietet die Gewähr, dass die in der Mediation gefundenen Kompromisse umgesetzt werden?

Ursula König leitet die Mediation beim Ausbau des Flughafens Wien, dem größten Beteiligungsverfahren Europas. „Koperation gelingt, wenn alle ein Interesse an einer Lösung haben und den Handlungsspielraum akzeptieren.“ Das schließt ein, dass die Nullvariante möglich ist und gemeinsame Ziele formuliert werden. Aber was, wenn eine Bürgergruppe diese Vorgaben nicht anerkennt?

Was in Stuttgart versucht wurde, war jedoch keine Mediation, sondern eine Art „Celebrity-Mediation“, wie man sie aus den USA kennt. Gisela Erler forderte, Planungsverfahren zu entwickeln, die frühzeitiger ansetzen, aber auch ergebnisoffener sind. Zudem „müssen wir die Bereitschaft fördern, zuzuhören und die eigene Position auch einmal zu revidieren“, meinte die Beauftragte der Landesregierung für Bürgerbeteiligung. „Sonst gleicht das dem parlamentarischen Prozedere.“

Erler blieb vage, wie es aus ihrer Sicht gelingen könnte, die Gesprächsprozesse offen zu halten und zugleich das Ergebnis verbindlicher zu machen. Denn die Mediationskreise haben keine demokratische Legitimation und können weder Gemeinderäte noch Landtage ersetzen. Und ihre Beschlüsse sind nicht rechtsverbindlich, wie der ehemalige Verwaltungsrichter Lothar Fießelmann aus München darlegte. Und schon gar nicht können sie zum Beispiel das individuelle Klagerecht aushebeln. Aber was sind die Vereinbarungen dann noch wert? Der Weg zu mehr Bürgerbeteiligung ist noch weit.

Badische Zeitung 11.5.12